

Zeitschrift: Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge
Herausgeber: Bioforum Schweiz
Band: 46 (1991)
Heft: 6

Artikel: Aufbruch im Osten : Zur Lage der biologischen Landwirtschaft in der tschechischen Republik
Autor: Barták, Richard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-891889>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Aufbruch im Osten

Dass wir für unseren Kongress vom 2. bis 5. Oktober den tschechischen Vize-Landwirtschaftsminister, *Ing. Richard Barták*, als Referenten gewinnen konnten, war ein Glücksfall und sein Referat ein Höhepunkt und würdiger Schlusspunkt der ganzen Veranstaltung.

«Wie kommt es zu dieser ungeheuren Dynamik in Ihrem Land, wie ist eine so rasante Entwicklung in so kurzer Zeit möglich?», fragten wir Ing. Barták. Seine Antwort: «Unter kommunistischer Herrschaft waren wir gewissermassen ‚eingefroren‘, der ‚Stoffwechsel‘ auf ein Minimum beschränkt. Nachdem diese Fessel von uns gefallen ist, leben wir jetzt um so intensiver!»

Zur Lage der biologischen Landwirtschaft in der tschechischen Republik

Einleitung

Die Tschechoslowakei war bis zum Ende der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts ein Bestandteil der westeuropäischen Kultur und Wirtschaft. Nach dem Ersten Weltkrieg sind ungefähr 65 Prozent des wirtschaftlichen Potentials vom ehemaligen Österreich-Ungarn in ihrem Gebiet geblieben. Die Lage der Tschechoslowakei war also nicht so ungünstig wie heute. Nach dem Zweiten Weltkrieg fiel das Land unter den Einflussbereich der stalinistischen Diktatur. Die Tschechoslowakei wurde zur Waffenfabrik und zum Uranlieferanten der Sowjetunion. Dafür bezahlten wir einen schrecklichen moralischen, wirtschaftlichen und ökologischen Preis. Es trat ein ungeheures Abströmen unserer Arbeit und unserer Rohstoffe ein. Für das von uns in dieser Zeitspanne gelieferte Uranerz könnten wir auf dem Weltmarkt mehr als 3000 Milliarden Kronen bekommen.

In einer demokratischen Gesellschaft erlauben die Leute etwas Derartiges einfach nicht. Aus diesem Grunde war es notwendig, die Demokratie zu vernichten. Politisch, aber vor allem auch wirtschaftlich. 4 000 000 Menschen wurden ihres Rechts auf Eigentum beraubt. In der Landwirtschaft mittels der berühmten Kollektivierung, bei der vorgegeben wurde, dass es sich um eine freie Entscheidung der Bauern handle. Hunderte von Landwirten wurden zum Tode verurteilt, Tausende unschuldig ins Gefängnis gesteckt und deportiert, zu Hunderttausenden wurden sie gezwungen, den Genossenschaften beizutreten. Es kam praktisch zur totalen Verstaatlichung. An der Spitze standen dumme und unmoralische Leute – kluge und moralische würden doch nicht Ähnliches gestatten – gehorsame Bürokraten, kleine oder grössere Diktatoren!

Die Isolation von der westlichen Welt, konsequente demagogische Propaganda und die Angst waren die Hauptmittel für die langjährige Unterjochung der Menschen.

Dieser Terror beeinflusste tragisch sogar die Denkweise unserer Nation. Es kam die Zeit der Schizophrenie; die Leute dachten eines und sprachen und handelten auf andere Weise. Die Massstäbe von allen Werten wurden umgestürzt. Der Gewinn galt nicht mehr als Massstab des Erfolgs, weil er als Teil des kapitalistischen Systems verstanden wurde.

Die Moral sank sehr tief. Heuchelei, Gewalt und Gleichgültigkeit trafen alle Lebensbereiche. Zum Beispiel: Von 1,5 Millionen geschlachteten Rindern pro Jahr mussten 27 000 notgeschlachtet werden, und zwar zu einem Drittel wegen verschiedenen Verletzungen durch die «Pfleger» der Tiere! Dies ist ein Beweis für die schrecklichen Bedingungen, unter denen das Vieh gehalten wurde – und oft noch gehalten wird. Der versprochene Wohlstand für alle kam nicht, weil die Gesellschaft von denen gelenkt wurde, die ihrem Charakter nach eigentlich Diebe waren. Als sie alle Werte der Vergangenheit aufgebraucht hatten, begannen sie, auf Kosten der Zukunft zu wirtschaften.

Ein typisches Beispiel für die Misswirtschaft ist die zerstörte Umwelt. Ein Drittel unserer Republik ist von Wäldern bedeckt, die zu 60 bis 70 Prozent so geschädigt sind, dass sie ihre Reproduktionsfähigkeit verloren haben. Der Ackerboden, in dem statt Humus Chemikalien sind, und dessen Struktur zerstört ist, dient nur als Halterung für die Pflanzen. Fremdartige Stoffe durchsetzen die ganze Umwelt in so grossem Umfang, dass ihr Gehalt zum Beispiel im Fleisch der wilden Tiere die zugelassenen Werte weit übersteigt. In vielen untersuchten Proben von Jagd-

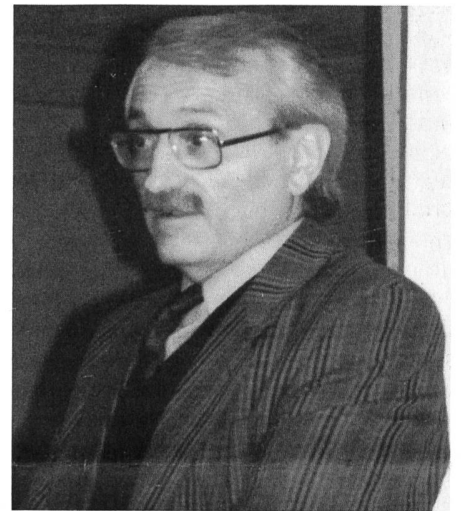


Bild: W. Scheidegger

Ing. Richard Barták ist Vize-Landwirtschaftsminister der tschechischen Republik und zuständig für die Privatisierung und für alternativen Landbau.

wildlebern wurden die Norm weit überschreitende Mengen von Cadmium, Blei und Quecksilber festgestellt.

Ein grosses Problem bilden die polychlorierten Biphenyle (PCB); damit waren 40 000 Stück Rindvieh kontaminiert. Sie mussten liquidiert werden. Dies alles sowie auch die schlechte Lebensqualität und dazu die langjährige unrichtige Ernährungspolitik beeinflussen die Länge der Lebenserwartung. (Nach WHO-Untersuchungen stehen wir bei 28 untersuchten Ländern an 27. Stelle!) Bei Kindern treten erhöhte Krankheiten auf, die sonst nur Erwachsene haben. Daraus ergeben sich drastisch erhöhte Kosten im Gesundheitswesen.

Zum Schluss meiner retrospektiven Übersicht können wir die Lage auf folgende Weise charakterisieren: Die Volkswirtschaft von Diktatoren statt Oekonomen gesteuert, Schizophrenie

in der Denk- und Handlungsweise der Leute, tiefer Fall der Moral, Verlust der Wertskala. Vom westlichen Standpunkt aus kommen noch die absolute Unkenntnis der Marktwirtschaft und die mangelnden Sprachkenntnisse dazu.

Der November 1989 brachte die grundlegende Wende.

Binnen einer relativ kurzen Zeit kam es zur breiten Liberalisierung des ganzen politischen Systems. Jetzt erfreuen sich die Bürger praktisch aller Rechte, die in den demokratischen Ländern selbstverständlich sind. Aber oft noch nicht auf Grund von Gesetzen, wo noch vieles fehlt, sondern dank der allgemeinen Akzeptierung der Ideen der sanften Revolution. Allerdings drohen viele dieser Ideen im heutigen alltäglichen politischen Kampf wieder verloren zu gehen! Das demokratische Gepräge der Änderung muss sein, aber es beinhaltet eine grosse Gefahr: Die ehemaligen Machttträger konnten nicht konsequent genug aus dem öffentlichen Leben entfernt werden. Es blieb ihnen vor allem die wirtschaftliche Macht. In der komplizierten mehrstufigen Umgestaltung können sie ihr schmutziges Geld auswaschen und so ihre ökonomische Macht noch mehr festigen.

Die Reprivatisierung

Durch sie werden der Boden und anderes Eigentum (Gebäude, Tiere, Maschinen) wieder an die rechtmässigen Besitzer zurückgegeben. Für diesen Prozess haben wir zwei Gesetze neu geschaffen: Das Restitutions- und das Bodengesetz. Damit soll aber nicht jede grosse Produktionseinheit gewalttätig in Kleinbetriebe zerbröckelt werden. Jeder Besitzer hat das Recht, allein oder zusammen mit anderen Besitzern eine ihm richtig erscheinende Bewirtschaftungsform anzuwenden. Das Ziel besteht darin, dass das Interesse für eine möglichst effektive, umweltschonende Produktion gewonnen werden muss.

Nach der Restitution (Reprivatisierung) übriggebliebenes Staatseigentum wird nach dem «Grossen Privatisierungsgesetz» privatisiert, das heisst, jede erwachsene Person oder jede Organisation aus der ganzen Welt hat das Recht, ein Privatisierungsprojekt für das Staatseigentum auszuarbeiten und einzureichen. Ausgenommen ist der Boden, der an im Land wohnende Staatsbürger zurückgegeben wird, und zwar nur, wenn Enteignungen nach dem 25. Februar 1948 nachgewiesen werden können.

Nach dem «Grossen Privatisierungsge-

setz» werden auch andere Zweige des landwirtschaftlichen Ressorts privatisiert (z. B. Lebensmittel- und Fettindustrie, Dienste, Bauunternehmen).

Die sozialistischen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) waren eigentlich Staatsunternehmen. Sie sollen jetzt in reale demokratische Genossenschaften von Eigentümern (oder in andere private Gesellschaften oder Privatfarmen) transformiert werden. Dazu braucht es ein Transformationsgesetz, das noch im Parlament diskutiert wird.

Diese ganze Privatisierung ist eine sehr schwere Aufgabe, die noch nie vorher zu lösen war! 98 Prozent aller Einrichtungen, allen Bodens sind in Staatsbesitz und müssen jetzt privatisiert werden. Dieser Prozess wird sehr lange dauern. Die Mitglieder von bisherigen praktisch staatlichen Genossenschaften zum Beispiel müssen abwägen, was und wie der zukünftige freie Markt aufnehmen wird, und sie müssen lernen, als wirkliche Mitbesitzer darauf zu reagieren. Ein weiteres Problem sind die Investitionen, die in den Boden gemacht wurden (Meliorationen, Entwässerungen, Bewässerungen usw.). Der Staat sollte den Besitzern neue Ersatzgrundstücke geben, aber in vielen Ortschaften gibt es keine freien Parzellen. Was für Probleme dadurch verursacht werden, kann man sich kaum vorstellen.

Die Oekologisierung der Landwirtschaft

Die Bewegung für die Oekologisierung der Landwirtschaft ist ein wichtiger Bestandteil der weltweiten Sorge für die Erhaltung und Verbesserung der Umwelt, der Gesundheit und des Lebens überhaupt. Der elementare Charakter der bisherigen Bestrebungen wird allmählich ein immer wichtigerer Bestandteil der Landwirtschaftspolitik, sogar im Rahmen der internationalen Gruppierungen. Unsere Ausgangslage ist dabei vorteilhafter als diejenige der Landwirte im Westen, denn die chemische und pharmazeutische Industrie und die mit ihnen zusammenhängenden Lobbies beherrschen unseren Markt noch nicht. Natürlich wird ihr Druck im Zusammenhang mit der freien Marktwirtschaft immer stärker, aber zum Nutzen der alternativen Bewirtschaftung sprechen die immer steigenden Preise der Energie, vor allem des Erdöls und der chemischen Hilfsmittel, die das Landwirtschaftssystem zur immer rücksichtsvolleren Haltung zwingen.

In der Landwirtschaft haben wir jetzt die wirklich historische Chance, aus

den Fehlern des Westens zu lernen, eine ähnliche Entwicklung von Anfang an zu hemmen und bessere Systeme zu entwickeln. Unser Nachteil besteht darin, dass wir uns zuerst nicht absolut mit allen landwirtschaftlichen Produkten selbstversorgen konnten. Das wurde von einigen Politikern und wirtschaftlichen Repräsentanten zur falschen und betrügerischen Propaganda missbraucht, es sei unmöglich, unser Volk ohne chemische Mittel zu ernähren. Über die Lebensmittelqualität, die negativen Folgen der konventionellen Bewirtschaftung für die Erde, die Umwelt, ökologische Beziehungen und für die Gesundheit der Menschen wurde geschwiegen, oder die Probleme wurden unverantwortlich geschmäler.

Wie gross war aber die Überraschung, als nach der Preisliberalisation im Januar 1991 schon im Juli der Nahrungsmittelmarkt ganz versorgt war! Nach nur einem halben Jahr waren sogar bei einigen Produkten schon Überschüsse entstanden. Das Ziel, für das die Kommunisten während 42 Jahren gegen die Natur und die Leute gekämpft hatten, ist nach der Abschaffung der absolut künstlichen Preise automatisch erschienen! Es funktioniert kein Markt, wenn ein Staat einen Liter Milch für 6 Kronen erzeugt und für zwei Kronen verkauft, oder wenn er wertvolles Brot den Schweinen oder Kaninchen verfüttert! Die Änderungen im landwirtschaftlichen Bereich, die von der humanitären Politik unseres Präsidenten und unserer Regierung sowie von ethischen Anschauungen unseres Landwirtschaftsministers ausgehen, ermöglichen die Errichtung des Departements des Vizeministers für die organische Landwirtschaft, Privatisierung und Oekologie. Dies ist das erste Beispiel in der ganzen Welt, dass eine Regierung öffentlich auf den selbstmörderischen Weg der ökologischen, energetischen und ökonomischen Katastrophe zugunsten einer dauerhaften Entwicklung verzichtet!

(Fortsetzung folgt)

Seit gut einem Jahr gibt es den Schweizer Verein für West-Ost-Zusammenarbeit in der biologischen Landwirtschaft SVWO.

Präsident ist Martin Ott, Bio-Landwirt, Bärenswil, das Sekretariat führt Margrit Liesch, Malans.

Der Verein hat es sich zur Aufgabe gemacht, eine kompetente Kontaktstelle für den biologischen Landbau im Osten zu sein.

Spendenkonto:

PC 80-56141-9 SVWO